942

Angst vor der roten Farbe.

Der konservative Vogtländische Anzeiger streitet mit der Deutschen Tageszeitung des Herrn Dr. Oertel wegen der Nachlaßsteuer. Das sächsische Blatt ist zwar auch gar nicht erbaut von der Nachlaßsteuer, glaubt aber, im Gegensatz zum Berliner Agrarierblatt, diese Steuer hinnehmen zu müssen, weil andernfalls die Gefahr der Zertrümmerung des Blocks nahe rücken würde. In dieser Auseinandersetzung entströmt dem Vogtländischen Anzeiger dieser Jammerton:

„Können wir, so fragen wir den Sachsen Dr. Oertel, eine solche Entwicklung der Dinge, und in der Folge die gründliche Verhetzung der Konservativen und Liberalen im Lande wünschen? Der Liberalismus wird kaum für eine den Handel belastende Bank- und Börsen-Umsatzsteuer zu haben sein und wird, wenn die Rechte auf dem Gebiete der Erbschaftssteuer versagt, seinerseits auf dem der indirekten Steuern versagen. Und die Folge? Ueber den Hader der bürgerlichen Parteien freut sich nur die Sozialdemokratie, sie wirft bei den nächsten Reichstagswahlen sowohl die liberalen wie konservativen Abgeordneten aus ihren Mandaten heraus und pinselt das Königreich Sachsen von neuem von oben bis unten mit roter Farbe an."

* * *

Gegen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer

auf Kinder und Ehegatten machen die Organisationen des Bundes der Landwirte in Versammlungen und schriftlichen Erklärungen bereits mobil. Es ist da von „heiligsten Gefühlen" und anderen schönen Dingen die Rede. Bei den Bündlern werden ja stets die heiligsten Gefühle verletzt, wenn sie etwas bezahlen sollen.

*

„Um das Interesse für die Reichsfinanzreform" in weitesten Kreisen zu wecken und über die Pläne der Reorganisation „aufzuklären", sollen, wie die Börsen- und Handelszeitung erfahren haben will, demnächst in den großen Sälen der Ausstellungshallen am Zoologischen Garten öffentliche Vorträge stattfinden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß in einem derselben der Staatssekretär des Reichsschatzamts persönlich seine Pläne, die er bereits im Oktoberheft der Deutschen Rundschau veröffentlicht hat, entwickeln werde.

Natürlich wird Herr Sydow, wenn er als Volksredner auftreten will, Zutritt und Diskussionsfreiheit für Kritiker seiner Steuerpläne nicht gewähren. Er wird einen Monolog halten und also glänzend siegen.

*

Ueber die neue Weinsteuer glaubt die Deutsche Weinztg. jetzt folgende genaue Angaben machen zu können. In Betracht komme eine Flaschenweinsteuer, welche die Besteuerung in eine zweifache Abgabe scheidet: 1. eine Grundgebühr von 10 Pfg., welcher jede Flasche ohne Rücksicht auf den Wert des Weines, Obstweines usw. unterliegen soll, und 2. eine Wertzuschlagssteuer mit progressiven Sätzen in einer Skala nach bestimmten Wertgrenzen für den Verkauf von Flaschenweinen. Durch die Wertzuschlagssteuer soll namentlich der Konsum von „Luxusweinen" getroffen werden, während die Flaschenweine in niedriger Preislage nur geringere Abgaben, in der untersten Wertgrenze überhaupt nur die Grundgebühr tragen sollen. Die sogenannten „alkoholfreien" Getränke sind nicht in die Besteuerung aufgenommen.

Die Parteipresse über den Parteitag.

(Schluß.)

Norddeutsche Volksstimme in Bremerhaven:

„Die freiwillige Disziplin war bisher das wichtigste Element, welches die Schlagfertigkeit und die Stoßkraft der Partei gewährleistete, und sie groß und stark gemacht hat. Zu dem Augenblick, wo eine Minderheit kommt und erklärt „beschließt was ihr wollt, wir fügen uns nicht, wenn ihr uns nicht recht gebt!" wird diese siegesichernde Disziplin durchbrochen und die Schlagfertigkeit der sozialdemokratischen Partei gelähmt.

Das sind die trüben Folgen des süddeutschen Vorgehens, wenn es auch vielleicht nicht die Absicht war. Aber dieser Weg muß zur Zersplitterung der einigen deutschen Sozialdemokratie in eine königlich preußische, bayrische, württembergische, sächsische, großherzoglich badische, hessische, oldenburgische, thüringische usw. Sozialdemokratie führen. Wollen die Süddeutschen diese Zersplitterung? Wollen sie den deutschen Parteitag nur zu einem beratenden und begutachtenden Popanz machen, statt zu einer endgültigen beschließenden Oberinstanz? Dann ist ihre Erklärung der beste Weg hierzu.

Wir sind aber überzeugt, daß nach dieser Wendung der Dinge, wenn die Mehrheit der süddeutschen Genossen aus den Lehren des Parteitags die Erkenntnis geschöpft haben wird, wohin der Weg führt, den ihre „67" nach ihrer Erklärung gehen wollen, sie dieses gründlich bereuen wird.

Dringender als sonst tut uns im politischen Kampfe der Zeit die einige geschlossene durch und durch disziplinierte Sozialdemokratie not. Wer will die Verantwortung auf sich nehmen, an diesem Bau zu rütteln?"

Volksblatt für Anhalt:

„Zu man es haben und drüben mit ehrlichen Sozialdemokraten zu tun hat, so mußte sich eine Entscheidung der Frage dahingehend finden lassen, daß festgestellt wurde, die Sozialdemokratie könne dem heutigen Staate keinerlei Vertrauensvotum erteilen, die Budgetbewilligung und Nichtbewilligung sei aber eine taktische Frage, die je nach Umständen anders entschieden werden könne, ohne daß dadurch an unserer grundsätzlichen Stellung zum Kapitalistenstaate etwas geändert werde. . . . Was sieht im Wege, die Budgetbewilligung mit den nötigen Erklärungen zu begleiten, in welchem Sinne wir die Bewilligung zugestehen? Es gibt einen gemeinsamen Kern in der Auffassung der Gesamtpartei und das ist die Anschauung, daß niemand dran denkt, dem Gegenwartsstaate im Sinne seiner kapitalistischen Konstruktion Entgegenkommen zu zeigen. Diesen Kern hätte man herausschälen und dadurch die Einigkeit herstellen müssen.

Jetzt ist nichts weiter geschehen, als daß die einen die anderen überstimmt haben, aber die Einigung ist nicht geschaffen, auch die Vorstandswahl hat diese mangelnde Einigung deutlich an den Tag gelegt. Die Lösung der Frage ist nicht herbeigeführt, sie ist auf die Zukunft vertagt worden. So ist im Widerspruch mit dem formellen Abschluß die faktische Lage.

Eins ist in der Debatte, die bei aller Unangemessenheit in der Form doch manche Aufschlüsse über die innersten Parteitendenzen gezeitigt hat, deutlich hervorgetreten: die zwei Richtungen in der Partei stehen noch immer schärfer gegenüber: die Zusammenbruchstheoretiker und die Entwicklungspolitiker. Und auch das ist absolut nicht abzuleugnen, daß trotz ihrer äußerlich noch geringeren Zahl marxistischen die letzteren. Mit der Zusammenbruchstheorie, mit der Zuspitzungsauffassung eines Kautsky können die praktischen Politiker zumal in Staat und Gemeinde nicht arbeiten. Auch die Gewerkschaftler sind außerstande, Kautsky und Luxemburg zu folgen. Und die Genossenschaftler ganz und gar nicht. . . ."

Das Offenbacher Abendblatt:

„Ja, hätte die Annahme der Frohmeschen Resolution den Streit um die Budgetbewilligung nicht akademisch gemacht, nicht jedes Jahr eine Budgetbewilligungsdebatte auf der Tagesordnung des Parteitags gebracht? Möglich, sogar wahrscheinlich, wenigstens für ein paar Jahre, wie sie nun gefallen, die Wiederholung dieser Debatten endgültig erledigt? Im großen Gegenteil, diese Entscheidung hat die Frage viel schärfer zugespitzt und hat sie erst zu einem wahrhaften Stachel im Fleische der Partei gemacht. Was werden denn nun die von Parteitag also gebrannten süddeutschen Parteigenossen tun? Sie haben dem Parteitag die Antwort prompt gegeben. Sie lösen sich nicht sofort und gänzlich von der Gesamtpartei, sie legen auch nicht ihre Landtagsmandate in die Hände ihrer Wähler zurück, sie tun also nichts, was im Augenblick der Gesamtpartei zweifellos sehr großen Schaden zufügen würde. Aber sie tun etwas, was im weiteren Verlaufe die Partei viel schwerer schädigen muß, ja was das Ende der großen sozialdemokratischen Partei Deutschlands herbeiführen muß: Sie bestreiten dem Parteitag, der höchsten Instanz der Gesamtpartei, fürderhin das Recht, in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik endgültig zu entscheiden, sie anerkennen ihn als legitime Vertretung der Partei nur noch in prinzipiellen und in den taktischen Fragen, die das ganze Reich betreffen. Das ist die Spaltung der Partei, noch nicht die in aller Form, aber zweifellos die tatsächliche Spaltung. Wenn die Erklärung der 67 Delegierten aus Baden, Bayern, Hessen und Württemberg an den Parteitag, die Antwort auf die Annahme der Vorstandsresolution, nicht das Produkt augenblicklicher berechtigter Verärgerung ist, wenn den Worten die Tat folgt, dann zerstört diese Tat die bisherige organisatorische wie prinzipielle Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie. . . .

Genug davon. Wir wollen nicht glauben, daß der unheilvolle Beschluß des Nürnberger Parteitages in der Budgetfrage solche Folgen wirklich haben wird. . . . Das kann nicht sein und es darf nicht sein und wir erwarten zuversichtlich, daß es zur Ausführung jener Erklärung unserer süddeutschen Parteigenossen nicht kommt, daß gegebenenfalls die Mandatgeber der süddeutschen Delegierten, die organisierten Parteigenossen, allüberall unzweideutig ihren Willen bekunden und jener Erklärung ihre Zustimmung versagen, wir erwarten trotz der erklärlichen Erbitterung ob der ungerechten, unklugen Haltung der Mehrheit des Parteitages, daß die gesamten süddeutschen Parteigenossen eins bleiben mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Glieder einer großen geschlossenen Partei der Unterdrückten und Ausgebeuteten! Rings um uns sehen wir die schadenfroh grinsenden, die hoffnungsvoll leuchtenden Gesichter unserer Feinde, sehen wir, wie sie die unbändige Freude ob der langersehnten immer vergeblich vorausgesagten Spaltung und Schwächung des gefürchteten und gehaßten proletarischen Gegners gar nicht mehr verbergen können. Nimmermehr darf es zu einem Bruch kommen!"

Der Karlsruher Volksfreund:

„Es war vorauszusehen, daß die „Budgetbewilliger" und die hinter ihnen stehenden Delegierten in Nürnberg in der Minderheit sein werden. Allein, daß die Zahl der aus dem Norden entsandten Delegierten, die mit den „Budgetbewilligern" stimmen, eine so große sein werde und daß die Gewerkschaftsführer aus allen Gauen des Reiches fast geschlossen mit der Mehrheit der süddeutschen Delegierten stimmten, das war es, was man nicht voraussehen konnte und was dem Resultat der Abstimmung über die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission den Stempel aufdrückte. Das Märchen, als ob es sich bei dem ganzen Streite — der über die Budgetbewilligung war nur ein Symptom — lediglich um eine Aktion einer Handvoll „revisionistischer Wirrköpfe" handelte, ist endgültig widerlegt. An dieser Tatsache ändern alle „Feststellungen" nichts mehr.

Der Kampf um eine konsequente, von der Theorie des Zusammenbruchs unbeeinflußte Taktik muß durchgefochten werden, darüber helfen alle Reden und Resolutionen nicht hinweg. Nichts törichter als die Meinung, in sich berechtigte Strömungen innerhalb einer Partei ließen sich durch Mehrheitsbeschlüsse aus der Welt schaffen. Der Beschluß des Nürnberger Parteitages durfte nicht gefaßt werden. Nicht deshalb, weil er die süddeutschen Genossen einfach majorisiert und das Gewicht ihrer Gründe ignoriert. Das wäre nicht das Schlimmste, obwohl es bedauerlich genug ist, wenn eine demokratische Partei einer so großen Minderheit, die ganze Landsmannschaften umfaßt, nicht genügend Rechnung trägt. Viel schlimmer ist es, daß dieser Beschluß, so wie er von der Mehrheit interpretiert wurde, schlechterdings nicht aufrecht zu erhalten ist, wenn die Partei nicht schweren Schaden erleiden soll. Darüber hat die Mehrheit der süddeutschen Delegation in Nürnberg keinen Zweifel aufkommen lassen. Die übergroße Mehrheit der süddeutschen Parteigenossen teilt diese Auffassung. . . .

Selbstverständlich ist es, daß die Vertreter der Partei in den süddeutschen Parlamenten den Anschauungen und Wünschen der Mehrheit des Parteitages nach Möglichkeit Rechnung tragen, ebenso selbstverständlich ist, daß auch künftig wie bisher ihre Entscheidungen über die Zustimmung oder Ablehnung des Etats „dem pflichtgemäßen Ermessen" der einzelnen Fraktionen überlassen bleiben muß. Eine Bindung mußten die süddeutschen Abgeordneten schon im Hinblick auf die verfassungsrechtlichen Bestimmungen ablehnen, ganz abgesehen von anderen Gründen, vor allem denen ihrer Ueberzeugung. Es ist schlechterdings ein Ding der Unmöglichkeit, die speziellen Angelegenheiten der Landespolitik von außen her dirigieren und bestimmen zu wollen."

Schwäbische Volkszeitung in Augsburg:

„Demnach halten wir die Lösung dieser Frage, trotzdem wir persönlich kein prinzipieller Freund der Budgetbewilligung sind, durch die Annahme der Resolution des Vorstandes und der Kontrolleure für keine sehr glückliche und bedauern die Ablehnung der Resolution Frohme, die auch den Gegnern der Budgetbewilligung vollauf gerecht wurde.

Wer im Kampfe des Tages steht, muß eben die Dinge nehmen, wie sie einmal sind und nicht, wie wir sie gern hätten. Dann wird man es auch verstehen lernen, daß die bisherigen Budgetbewilligungen der süddeutschen Fraktionen von ihren Mitgliedern gar nicht als eine prinzipielle Handlung aufgefaßt wurden und werden konnten, sondern als etwas vom Tage für den Tag Geborenes, das nach rein praktischen Zweckmäßigkeitsgründen zu erledigen ist und auch so erledigt wurde. Andere Parteigenossen hätten, wenn sie an Stelle der jetzigen Landtagsabgeordneten gewesen wären, möglicherweise anders gehandelt. Aber deshalb allein brauchen noch nicht die einen bessere oder schlechtere Parteigenossen zu sein, als die anderen.

Wir möchten nun angesichts dieser Sachlage zunächst einmal darauf hinweisen, daß es nicht unseres Amtes sein kann, ins Feuer zu blasen. Im Gegenteil müssen wir trachten, alles Unsachliche aus der Polemik streng auszuscheiden und dadurch der gegenseitigen dauernden Verständigung einen Weg zu bahnen. Inzwischen besteht zunächst einmal die in Nürnberg angenommene Resolution zu Recht und wir haben keine Ursache, die Abschaffung derselben auf anderem Wege zu erstreben, als durch einen Beschluß des nächsten Parteitages.

Deutsches Reich.

Die erste Sitzung des Reichstags.

Der Reichstagspräsident wird die nächste Plenarsitzung des Reichstags auf Mittwoch den 4. November, nachmittags 2 Uhr, anberaumen. Auf der Tagesordnung wird die Beratung von Petitionsberichten stehen. Dann dürfte bald die Reichsfinanzreform an die Reihe gelangen, vorausgesetzt, daß der Bundesrat bis dahin mit seinen Beratungen zu Ende kommt. Vorläufig haben die Bundesratsausschüsse, denen die Vorlagen überwiesen wurden, ihre Arbeit noch nicht einmal begonnen.

*

Berlin, 26. September. Dem Reichstage wird der Entwurf eines Automobilhaftpflichtgesetzes und ein Gesetzentwurf über die Arbeitskammern zugehen.

Blockliberale und Demokraten.

Aus einer blockfreisinnigen Versammlung in Schöneberg-Berlin, die jedoch in der überwiegenden Mehrheit von Demokraten besucht war, wurde am letzten Donnerstag abend Dr. Theodor Barth vom Vorsitzenden hinausgewiesen, weil er sich erlaubt hatte, in einem Zwischenruf gegen persönliche Verdächtigungen des Rektors Kopsch zu protestieren. Kopsch, der selbst in Löwenberg-Liegnitz die Stimmen sozialdemokratischer Wähler in der Stichwahl nur unter Vorspiegelung falscher Tatsachen gewonnen hat, stellte die Behauptung auf, Dr. Barth habe sich des Vertrauens seiner früheren Wähler unwürdig gezeigt. Als Barth dagegen rief, das sei eine Verleumdung, wurde er aufgefordert, zu widerrufen oder den Saal zu verlassen. Als er dies wurden vom Vorsitzenden alle anderen Demokraten hinausgeworfen, die sich für die Diskussion zum Worte gemeldet hatten. Die Folge dieser Ausweisung war, daß sich der gesamte Saal im Nu leerte und nur ein kleines Häuflein blockfreisinnigen Elends zurückblieb, das den Herren Wiemer und Kopsch Dank und Vertrauen votierte.

Die Beschimpfung des Demokraten Barth durch einen Kopsch und seine unter Hausknechtsdrohung erfolgte Ausweisung aus einer liberalen Versammlung war eine symbolische Tat, die zu vollbringen der Blockfreisinn sich selber schuldig war. Zur Vollständigkeit seines Charakterbildes fehlt ihm nichts mehr.

Das Leibblatt der „Herren im Hause".

Die Post versendet unter dem Motto: „Deutsche Unternehmer, steht fest und geschlossen zusammen", eine Einladung zum Abonnement, in dem es heißt:

„. . . Von allen Berliner Zeitungen ist die Post diejenige, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie von jeher mit besonderer Energie geführt hat und die auch für die Zukunft die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen als ihre Hauptaufgabe betrachtet. Für gerechte Wünsche und Forderungen der Arbeiter ist auch die Post stets eingetreten, gegen demagogische Gelüste aber zieht sie schonungslos zu Felde. Da auch viele Zeitungen, um die Gunst der Massen buhlend, der Sozialdemokratie gegenüber nicht die nötige Festigkeit zeigen, ist speziell in der Reichshauptstadt ein Organ doppelt nötig, das der Regierung und den bürgerlichen Kreisen das Gewissen schärft gegenüber der das Vaterland und hiermit auch das Unternehmertum aller Gewerbe- und Industriezweige so schwer bedrohenden sozialdemokratischen Gefahr.

Die Post will für die nationalen Kreise das sein, was der Vorwärts für alle umstürzlerischen Elemente ist. Darum ist es auch Pflicht aller Vaterlandsfreunde, den schärfsten Gegner des Vorwärts durch Abonnements und Inserate zu unterstützen und der Post so eine noch umfassendere Durchführung ihrer Aufgabe zu ermöglichen. Was die Arbeiter opferwillig für ihren Vorwärts tun, müssen auch die weit besser situierten Arbeitgeber für den Antipoden des Vorwärts, die Post, tun. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage haben der Verein für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund und der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, die Oberschlesische Kohlenkonvention, der Zentralverband deutscher Industrieller sowie der Wirtschaftliche Verein der Saarindustrie ihren Mitgliedern das Abonnement auf die Post und die Ueberweisung von Inseraten an uns auf das dringlichste empfohlen." . . .

Für den Fall, daß es Unternehmer gibt, die dem Anzeigen der Post nicht glauben sollten, hat der Zentralverband deutscher Industrieller, gezeichnet H. Bueck, dem Werbeschreiben einen Gebetbrief mitgegeben, der es verdient, wörtlich wiedergegeben zu werden. Er lautet:

„Berlin W 35, 17. März 1908.
Am Karlsbad 4a.

Mit lebhaftem Bedauern ist von den Mitgliedern des Zentralverbandes häufig genug darauf hingewiesen worden, daß die Vertretung ihrer Interessen in der Presse durchaus ungenügend sei. Ganz besonders ist zu beklagen, daß die in der Hauptstadt des Reiches erscheinenden Zeitungen dem Zentralverbande zu den von ihm vertretenen Interessen gegenüber eine unfreundliche, in nicht wenigen Fällen sogar feindliche Stellung einnehmen. Eine bemerkenswerte Ausnahme macht die Zeitung Die Post. Sie steht von allen in Berlin erscheinenden Blättern der Industrie am nächsten und vertritt in besonders energischer Weise die Interessen der Arbeitgeber der Sozialdemokratie und ihren Organisationen gegenüber. Im Hinblick auf die damit den Bestrebungen des Zentralverbandes gewährte Förderung möchte ich unseren Mitgliedern dringend empfehlen, die Post durch Abonnements und Inserate zu unterstützen.

Hochachtungsvoll
gez. H. Bueck
Geschäftsführendes Mitglied im Direktorium
des Zentralverbandes deutscher Industrieller."

Eine weitere Beilage gibt die Firmen an, die die Post unterstützen, sei es durch Abonnements mehrerer Exemplare, sei es durch Inserate. Unter den 131 Firmen fehlt keiner der bekannten Scharfmacher. Die Post kann also nicht mehr bestreiten, daß sie von den Scharfmachern ausgehalten wird, sie vertritt daher auch nicht „nationale" Interessen, sondern, wie längst bekannt, lediglich die Interessen des brutalsten Scharfmachertums.

Vom Vereinsgesetz in Breslau.

Die Breslauer Strafkammer hat am Donnerstag den letzten Fetzen von „Liberalismus" aus dem Reichsvereinsgesetz herausgerissen, indem sie erkannte, daß die Mitgliederversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins als öffentliche Versammlungen zu gelten hätten. Zur Verhandlung stand der Vorfall von der ersten Mitgliederversammlung des Vereins unter dem neuen Gesetz. Die Versammlung war nicht angemeldet worden, trotzdem erschienen zwei Kommissare zur Ueberwachung, und als sie aus dem Lokale gewiesen wurden, lösten sie die Versammlung auf.

Auf die erhobene Beschwerde wurde das Verhalten der Beamten vom Polizeipräsidenten für gut befunden, und Parteisekretär Neukirch erhielt ein Strafmandat über 60 M. Das Schöffengericht hat Neukirch auf den erhobenen Einspruch freigesprochen, nachdem festgestellt worden war, daß nur Mitglieder Zutritt gehabt hatten. Der Bezirksausschuß hat in einem Verwaltungsstreitverfahren des Genossen Neukirch gegen den Polizeipräsidenten in der gleichen Sache entschieden, daß der Verein, der unter dem alten Vereinsgesetz nur aus Männern bestehen konnte, ein neues Statut aber noch nicht eingerichtet sei, konnte die Polizei der Meinung sein, daß es sich um eine öffentliche Versammlung gehandelt habe, da zahlreiche Frauen anwesend waren.

Die Strafkammer ist jetzt auf die amtsanwaltliche Berufung gegen das Schöffengerichtsurteil noch einen Schritt weiter gegangen und hat die Versammlung für eine öffentliche erklärt. Sie stützte sich dabei auf das Reichsgerichtsurteil, das auch in der Begründung zum Entwurf des Vereinsgesetzes eine Rolle spielte, wonach eine Vereinsversammlung als eine öffentliche angesehen werden könne, wenn der Verein nach seiner Größe, dem Umfange des Gebiets, das er umfasse, dem Wechsel in der Mitgliedschaft usw. keine innerlich verbundene Einheit der Mitglieder darstelle. Das Gericht erachtete „die bloße Gemeinschaft zur Verfolgung politischer Ziele" als kein „inneres Band", das die Mitglieder untereinander verbinde. Der Verein erstrecke sich zudem über die ganze Stadt, er habe 6000 Mitglieder, die in keinerlei persönlicher Beziehung zueinander ständen, und die Bedingungen des Ein- und Austritts seien als „leichte" anzusehen. Da es sich aber „um einen schwierigen Rechtsfall" handle, seien 10 Mark Geldstrafe angemessen und ausreichend.

Früher erstreckte sich der Verein auch noch über den ganzen Landkreis Breslau, und es ist damals niemand eingr-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080926/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG